Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1580. Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 187. Sonnabend, 11. August 1928, abends. 81. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für bis 30 mm breite, 4 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59.

Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Sowjet-Politik und Kommunismus.

Beachten die Sowjets in Moskau die Meinung des Auslandes über sie und über den Kommunismus im allgemeinen? Die Antwort auf diese Frage könnte den Schlüssel zum Verständnis der Grundlagen der gegenwärtigen internationalen Politik der Sowjetregierung abgeben. Seitdem die Sowjets die Macht in Rußland in Händen haben, wurde diese Frage von den Regierungskommunisten nach den jeweiligen Umständen verschieden behandelt. Es gab Zeiten, wo man sich in Moskau über die Meinung des Auslandes überhaupt nicht kümmerte und sich sogar darüber lustig machte. Dann wieder legte man in den leitenden Kreisen von Moskau großes Gewicht auf die Beurteilung des Auslandes, ja man warb um die Anerkennung der Sowjetregierung durch die „kapitalistischen" Länder. Niemals aber war für Moskau dieses Problem aktueller als jetzt. Der Zynismus und die Anmaßungen der Bolschewistenführer gegenüber dem Auslande gehören der Vergangenheit an. Seit einigen Monaten verfolgt man in Moskau alles, was im Auslande über den Kommunismus gesprochen oder geschrieben wird, mit wachsendem Interesse.

In leitenden Parteikreisen will man vor allem wissen, wie der Kommunismus als internationale politische Strömung beurteilt wird; erst an zweiter Stelle interessiert man sich für die Einstellung des Auslandes zu Sowjetrußland. Die Parteizentrale unterscheidet zwischen den Interessen der Sowjetunion und denen des internationalen Kommunismus; daraus erklärt sich Moskaus neue Taktik. Bis vor kurzem war die dritte Internationale ein williges Werkzeug der Moskauer Regierung und die Interessen beider bildeten ein Ganzes. Der erste Anstoß zur neuen Entwicklung ging Ende 1927 von Trotzki und Sinowjew aus, die ihren Standpunkt ungefähr so begründeten: „Es ist zweifellos wichtiger, den internationalen Kommunismus zu fördern, als am Aufbau eines sozialistischen Staates zu arbeiten. In einem Lande wie Rußland, dessen Industrie so zurückgeblieben und dessen Wirtschaft durch Krieg und Revolution zugrunde gerichtet ist, den Sozialismus aufbauen wollen, ist absurd. Die Sowjetregierung ist dieser Aufgabe nicht gewachsen, solange sie am kommunistischen Ideal festhält. Früher oder später wird sie sich in eine „kleinbürgerliche" umgestalten, da die Sozialisierung des Staates an den Verhältnissen scheitern muß."

Die Oppositionsführer sind gewiß gute Kenner der Lage in Sowjetrußland, so daß man ihnen wohl zutrauen kann, die Aussichten der Sozialisierung abzuschätzen. Stalin und Bucharin, die seinerzeit den Oppositionellen vorwarfen, daß sie in ihrem maßlosen Pessimismus nur die Prophezeitungen der westeuropäischen gemäßigten Sozialisten wiederholten, sind nun auf Umwegen fast zu dem Standpunkt Trotzkis gekommen: „Es kommt vor allem auf die Festigung des indealen Kommunismus an." Während die Sozialisierungsarbeit im argrarischen Rußland nicht sicher einen Erfolg hat, kann die dritte Internationale zu einem gewaltigen Machtfaktor werden, da im kapitalistischen Westen alle Vorbedingungen dazu vorhanden sind. Kein Preis soll uns dafür zu hoch sein und sei es auch der Verzicht auf die Herrschaft in Rußland."

Mehr als ein halbes Jahr ist nun vergangen, seit der 15. Parteikongreß „einstimmig" die Thesen der Opposition verdammte. Umso bemerkenswerter ist es aber, daß Stalin selbst nun die Aussichten der Sozialisierung in Rußland pessimistisch beurteilt, während er an die Zukunft der Internationale fester glaubt als früher. Es interessiert ihn wenig, was über die aktuellen Fragen Sowjetrußlands und über dessen Wirtschaft im Ausland geschrieben wird, um so mehr alles, was die internationale Entwicklung des Kommunismus anbelangt. Im Ausland hielt man Stalin vielfach für den Mann, der endlich den internationalen Abenteuern der Kommunisten abschwören und Sowjetrußland in das Geleise der nationalen Politik bringen wird. Seine Versöhnung mit den meisten Oppositionsführern und sein Grundsatz „keine Zugeständnisse an das Ausland!" beweisen jedoch, daß es dem Parteidiktator mehr auf die Ideenreinheit des Kommunismus als auf die Prosperität des Landes ankommt.

Diese neue Einstellung trat besonders deutlich nach den Wahlen in Deutschland hervor. In Moskauer Regierungs- und Parteikreisen interessierte man sich weit mehr für den Sieg der deutschen Genossen als für die eigenen Angelegenheiten, obwohl es an wichtigen Problemen in Rußland nicht fehlt. Besonders interessant ist die Tatsache, daß fast alle Redner mehr oder minder unverblümt den Gedanken aussprachen, daß für die Zukunft des Kommunismus sogar der Sturz der Sowjetregierung kein vernichtender Schlag wäre. Der Kommunismus sei bereits so weit gefestigt, daß er seine internationale Geltung im Kampfe mit den bürgerlichen und anderen sozialistischen Parteien unter allen Umständen behaupte. Jetzt müsse die Sowjetpolitik konsequent sein, damit sich in die Reihen der ausländischen Genossen kein Wankelmut hineinschleiche. Mit einem Worte, Stalin und Bucharin sind fast auf Trotzkis Standpunkt angelangt und wiederholen Wort für Wort die Ausführungen des so sehr verlästerten Oppositionsführers. Rußland, die russische Regierung, das Volksvermögen, kurz alles, was der Staat bietet, soll nur ein Mittel sein, um dem Kommunismus internationale Geltung zu verschaffen. Die dritte Internationale soll in neuem Glanz strahlen; für die Moskauer Zentrale ist es wichtiger, daß man im Westen mehr an die internationale Macht des Kommunismus glaubt als an die politische und wirtschaftliche Festigung der Sowjetunion. Dieser Umschwung in der Beurteilung der internationalen Lage zeugt letzten Endes auch dafür, daß die Führer in Rußland die Aussichten der Sozialisierung im Lande sehr pessimistisch auffassen.

Die Verfassungsfeier im Deutschen Reichstage.

Berlin. (Funkspruch.) Zur Verfassungsfeier war heute der Plenarsaal des Reichstages in überaus prächtiger Weise geschmückt. Die Tribünen waren mit grünen Girlanden und Farben des Reiches geziert. Ueber dem Präsidium prangte das Wappen des Reiches. Von der großen Ehrenloge hing die Standarte des Reichspräsidenten. In wuchtigen Lettern war die Präambel der deutschen Reichsverfassung von jedem Platze aus sichtbar angebracht. Die Büsten Eberts und von Hindenburgs in der Halle waren mit Blumen geschmückt.

Als gegen 12 Uhr der **Herr Reichspräsident** das Reichstagsgebäude, gefolgt von seiner Umgebung, betrat, erhoben sich sämtliche Teilnehmer zu seiner Begrüßung von ihren Plätzen. Er wurde auf der Treppe von Reichsinnenminister Severing und dem stellvertretenden Reichstagspräsidenten von Kardorff begrüßt.

Nach musikalischen Darbietungen betrat

Universitätsprofessor Radbruch

das Rednerpult, um im Namen der Reichsregierung der Nation den Festgruß zum Verfassungstage zu überbringen. Er hielt etwa folgende Ansprache:

Herr Reichspräsident!

Deutsche Volksgenossen und Volksgenossinnen!

Nicht Scharfsinn oder Weisheit einzelner schafft eine Verfassung, sondern die allmächtige Geschichte. Nicht nur die Nationalversammlung von 1919 steht bestimmend hinter unserer Verfassung — auch das Erlebnis von 1914 klingt in ihr wieder. Denken wir daran, in welcher Gesinnung damals die Besten und Treuesten hinauszogen, ein Ludwig Frank etwa. Sie waren gewillt, als Frucht ihrer Kämpfe auch ein erneuertes, freieres Vaterland heimzubringen. Das Volksheer bedingte den deutschen Volksstaat. Wir können der Verfassung des erneuerten Deutschlands nicht gedenken, ohne des kämpfenden und leidenden deutschen Volkes von 1914 bis 1918 zu gedenken und ohne dem Mann zu denken, in dem sich deutsche Volkshoheit jener Tage verdichtet. Dem, der damals das Reich rettete, dem 1. Soldaten des alten Deutschland, dem 1. Bürger des neuen Deutschland gilt unser ehrfürchtiger Gruß und Dank. Das Volk, das der Träger des neuen Staates ist, entfaltet sich in dem vielfältigen Reichtum kämpfender Gruppen, Klassen und Parteien. Sprechen wir, ohne daran Anstoß zu nehmen, die Wahrheit rückhaltlos aus: daß der Volksstaat ein Parteienstaat ist. Jede Partei hat zu ihrer Aufgabe nichts anderes als das Vaterland. Die Parteistandpunkte bedeuten die verschiedenen möglichen Auffassungen vom Wohle des Landes.

Man beklagt oft die Schäden unseres Parteiwesens. Aber nicht die Vielheit der Parteien ist der Grundschaden, sondern ihre Starrheit. Man sagt unseren Parteien wohl nach, sie seien in zu hohem Grade Interessenparteien. Das Gegenteil ist richtig, sie sind in zu starrem Maße Weltanschauungsparteien. Wir müssen hoffen, daß der Parlamentarismus allmählich sich die Parteien erziehen wird, wie er sie braucht. Unser politisches Leben ist aber nicht Krieg mit dem Gegensatz der Parteien selbst, sondern auch mit dem Gegensatz der Klassen. Der Untertan ist zwar Staatsbürger geworden, aber der Staatsbürger ist noch immer Wirtschaftsuntertan. Den Arbeitnehmer zum Wirtschaftsbürger zu erheben, ist eine im Geiste der Verfassung selbst vorgezeichnete Aufgabe. Es hieße ungeschichtlich denken, zu glauben, daß für unsere Wirtschaftsentwickelung bereits alle Tage Abend sei. Eine Wirtschaftsordnung, die der Tatsache der Arbeitslosigkeit nicht Herr werden kann, kann nicht das letzte Wort der ökonomischen Entwickelung sein.

Neben dem Klassengegensatz, neben dem Parteipartikularismus ruht auf unserem politischen Leben die Last des Länderpartikularismus. Der durch Selbstverwaltung dezentralisierte Einheitsstaat ist das klar vorgezeichnete Ziel unserer innerstaatlichen Entwickelung. Der Weg zu ihm ist freilich noch im Dunkeln.

Jener Sturmwind, der das Kleine hinwegfegt, jener Donnerschlag, in dem die Stimme des Großen zu uns spricht, sie werden das einen in jenem Augenblick, wo Oesterreich von dem allen Völkern verheißenem Selbstbestimmungsrecht Gebrauch macht, sich dem großen deutschen Mutterlande anzuschließen.

An der Stelle, an der ich stehe, grüßte mit einem unvergeßlichen Klang in der Stimme, mit einer unvergeßlichen Handbewegung Friedrich Ebert den Sarkophag, der Walter Rathenaus Sterbliches barg, der große Staatsmann, der die neue Außenpolitik des Reiches am sichtbarsten vertrat, beide umgeifert von der Verleumdung, beide Opfer der Pflicht bis in den Tod. Und wieviel Namenlose haben neben ihnen für diese Verfassung gekämpft und geblutet! Eines der schönen Kampf- und Trutzlieder unserer Arbeiterschaft endet mit dem hochgemuten Wort: „Und das ist das Herrliche, Große in der Welt, das Banner bleibt stehen, wenn der Mann auch fällt!"

Bürger und Bürgerinnen der deutschen Republik, das Banner, das schwarz-rot-goldene Banner, wird stehen, die Weimarer Verfassung wird stehen, die deutsche Republik wird stehen!

Nach Professor Radbruchs Rede wurden musikalische Darbietungen zum Vortrag gebracht. Sodann nahm **Reichskanzler Hermann Müller** das Wort.

Die Versammlung stimmte nach Schluß der Ansprache dreimal in den Hochruf auf das deutsche Volk ein und sang dann die erste und die letzte Strophe des Deutschlandliedes.

Dann erhob sich der Herr Reichspräsident, begrüßte die Versammlung und verließ den Plenarsaal, womit die Feierlichkeit im Reichstage ihr Ende erreicht hatte.

Während ein Flugzeuggeschwader über dem Festplatze kreiste, begab sich der Reichspräsident mit den Mitgliedern und seiner Umgebung durch das Hauptportal auf die Freitreppe.

Vor dem Bismarckdenkmal hatte eine Ehrenkompagnie der Reichswehr Aufstellung genommen, deren Kapelle die nach Tausenden zählende Menschenmenge auf dem festlich geschmückten Platz der Republik mit Musikvorträgen unterhielt. Brausende Hochrufe erschollen, als der Reichspräsident von Hindenburg auf der Freitreppe erschien.

Der Herr Reichspräsident schritt zusammen mit dem Reichswehrminister und den übrigen Herren die Front ab. Die Musik leitete in das Deutschlandlied über, das von der Menschenmenge entblößten Hauptes mitgesungen wurde.

Unter brausenden Hochrufen verließen der Reichspräsident und die Minister in ihren Wagen den Festplatz.

„Ein Schlag ins Gesicht für Locarno".

Frankfurt. (Telunion.) **Der Daily Telegraf hatte gemeldet, daß das 8. königlich-irische Husarenregiment, das einzige zur Besatzungsarmee am Rhein gehörende britische Kavallerieregiment, an den kommenden Manövern der Besatzungsarmee teilnehmen würde.**

Dazu schreibt die Frankfurter Zeitung: „Wir geben diese Meldung, obwohl wir zunächst wünschen möchten, daß sie nicht wahr sei, wieder. Gemeinsame englisch-französische Manöver auf deutschem Boden wären ein Schlag ins Gesicht für Locarno. In England und Frankreich mag man, wie der Daily Telegraf im Tone der Befriedigung behauptet, dieses Ereignis als einen „Beweis für die guten Gefühle" ansehen, die zwischen den militärischen Stellen der Alliierten im Rheinlande herrschen. In Deutschland würde man in ihnen eine unbegreifliche Taktlosigkeit erblicken, die sich die deutsche Oeffentlichkeit aufs schärfste verbitten müßte.

*

Worte aber keine Taten.

London. (Tel.) **Der peinliche Widerhall, den die Nachricht von der Teilnahme eines britischen Kavallerieregiments an den Rheinlandmanövern der französischen Truppen in Deutschland gefunden hat, findet in England kein Verständnis. Man glaubt die Angelegenheit mit dem Hinweis darauf abtun zu können, daß die britischen Rheinlandtruppen unter französischem Oberbefehl stünden. Durch die Teilnahme eines britischen Regiments habe man offenbar die gute Zusammenarbeit zwischen dem französischen und englischen Besatzungsheer bekunden wollen. Im übrigen werde ja hierdurch an der englischen Einstellung zugunsten der Rheinlandräumung nichts geändert.**

*

Es muß in diesem Zusammenhang wirklich einmal ausdrücklich festgestellt werden, daß der rheinischen Bevölkerung mit den ständigen englischen Beteuerungen, das Rheinland räumen zu wollen, dies aber mit Rücksicht auf die fortdauernde französische Besetzung nicht zu können, nicht gedient ist. Von der moralischen Schuld wird England erst dann freigesprochen werden können, wenn es seinen wiederholten Versicherungen die Tat folgen lasse.

Empfang des Vorstandes der Kriegsopferverbände beim Reichskanzler.

Berlin. (Funkspr.) Der Reichskanzler empfing heute im Laufe des Vormittags den Vorstand der internationalen Arbeitsgemeinschaft der Verbände der Kriegsopfer und Kriegsteilnehmer.

Der Vorsitzende, Herr **Viala** (Frankreich), versicherte den Reichskanzler, daß diese große internationale Vereinigung sich zum Ziele gesetzt habe, für die Annäherung der Völker und die Beseitigung der Kriegsfolgen einzutreten.

Der **Reichskanzler** dankte für die Begrüßung und erklärte, daß die Reichsregierung den Arbeiten dieses Verbandes mit der größten Aufmerksamkeit folge und seinen Bestrebungen vollen Erfolg wünsche.

SLUB
Wir führen Wissen.